

Wien, am Freitag, den 26. Februar 1926.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 26. Februar 1926.

Bürgermeister Seitz eröffnet um fünf Uhr nachmittags die Sitzung. Ein Antrag des Gemeinderates Körber (Chr. soz.) auf Verdichtung des Strassenbahnverkehrs auf dem Ring wird der Direktion der Strassenbahnen zugewiesen.

Auf Antrag des Gemeinderates Fischer werden für die Beschaffung von siebzig Motoren und Fahrschaltern für die Strassenbahnen 785.000 Schilling bewilligt. Angenommen wird ein Antrag des Gemeinderates Iser anlässlich der Errichtung eines Milchtrinkkioskes in der Gartenanlage auf dem Freiheitsplatz, für diesen Bau die Bestimmungen des Parkschutzgebietes aufzuheben. Die Errichtung von städtischen Wohnhausbauten auf der Landstrasse (Riesgasse), Alsergrund (Wagnergasse-Markt-gasse), Favoriten (Gellertgasse), Fünfhaus (Hagengasse-Allio-Giselhergasse), und Vogelweidplatz, Währing (Gentzgasse) mit einem Kostenaufwand von 7.316.000 Schilling wird nach Anträgen des Stadtrates Siegel ohne Debatte genehmigt. Auf Antrag des Gemeinderates Weigl genehmigt der Gemeinderat weiters die Beitragsleistung der Gemeinde an die republikanische Vereinigung ehemaliger Kriegsteilnehmer und der Kriegspfer für die Auswanderungsaktion nach Ksül-Orda in der Kirgisenrepublik. Die Gemeinde wird für diese etwa 1000 Personen umfassende Auswanderungsaktion für jeden nach Wien zuständigen Auswanderer den gleichen Zuschuss leisten, den der Bund gewährt. Ausserdem erklärt sich die Gemeinde bereit, für jede durch diese Auswanderung frei werdende und in die freie Verfügung des Wohnungsamtes gelangende Wohnung mit mindestens zwei Räumen den Betrag von 1000 Schilling zugunsten der Auswanderungsaktion zu zahlen. Auf Antrag des Gemeinderates Schütz wird die Auflassung der Etzelstrasse und eines Teiles der Hagengässlgasse auf der Landstrasse beschlossen. Der Ankauf eines Hauses in der Baumgasse durch die Gemeinde wird auf Antrag des Gemeinderates Kohl genehmigt.

Vizebgrm. Emmerling beantragt die Neufestsetzung des Fahrpreises für die Strassenbahnlinie Mauer-Mödling. Diese Strecke, die bisher als eine Teilstrecke galt, wird nunmehr in zwei Teilstrecken zerlegt, sodass die Strecke von der Riedelgasse beim Rosenhügel nach Mödling in fünf Teilstrecken zerfällt. Die neue Teilstreckengrenze liegt bei der Haltestelle Maria-Enzersdorf Kirchengasse. Die Bundesbahnen haben den Tarif erhöht und berechnen für die Strecke Südbahnhof Mödling neunzig Groschen. Die notwendige Angleichung an diesen Tarif ist in der Betriebsführung begründet. Man muss aber in Betracht ziehen, dass der Tarif von einem beliebigen Punkte der Stadt nach Mödling 84 Groschen betragen wird, das heisst also um sechs Groschen niedriger ist als der Fahrpreis vom Südbahnhof nach Mödling mit der Südbahn, weil ja gegebenen Falls noch eine Strassenbahnfahrt innerhalb des Stadtgebietes zum Südbahnhof hinzuzurechnen ist. Der Tarif für die fünf Teilstrecken beträgt sechzig Groschen, und soll am 5. März in Kraft treten.

G.R. Jos. Müller (chr. soz.) erklärt, dass im Interesse der in den anschliessenden Orten wohnenden Personen eine Zerlegung in nur drei Teilstrecken wünschenswert wäre, was auch die Arbeit des Schaffners erleichterte. Den übrigen Gründen des Referenten könne er sich nicht anschliessen, weil man ja nicht vom Südbahnhof allein nach Möd-

ling fahren kann, sondern auch in Meidling oder Hetzendorf auf die Bahn aufsteigen kann. So wäre der Fahrpreis nach Mödling noch geringer als auf der Strassenbahn. Redner verlangt die Weiterführung der Linie von Mödling bis Hietzing, wodurch das Umsteigen in Mauer ganz entfallen könnte. Die Linie 60 aber soll mindestens bis zur Wienzeile weitergeführt werden.

Vizebgrm. Emmerling erklärt, dass ein grosser Teil des Publikums die Linie nur bis Maria-Enzersdorf benützt, bis wohin der Tarif unverändert bleibt. Die Gemeinde Wien könne leider nicht die Interessen der Aussengemeinden zu Ungunsten der Wiener Bevölkerung vertreten. Derzeit lässt sich eine Weiterführung von Mauer stadteinwärts nicht ermöglichen, weil ein grosser Teil der Strecke eingleisig geführt wird und ein präzises Abwickeln des Verkehrs unter den gegebenen Verhältnissen äusserst schwierig wäre.

Der Antrag wird angenommen.

G.R. Schmidt (soz. dem.) berichtet über den Entwurf des Stadtbauamtes für die Errichtung eines Schwimm-, Sonnen- und Luftbades im XVI. Bezirke an der Steinhofstrasse. Dadurch erhalten die westlichen Bezirke ein modernes Bad, die Kosten sind mit 210.000 Schilling vorgesehen. Die Lage des Bades ist besonders günstig, da das Terrain gegen Süden fällt.

G.R. Ullreich (chr. soz.) verlangt die Bepflanzung der Zufahrtstrassen zu dem Bade und die Weiterführung der Strassenbahnlinie von der Katharinenruhe zur Steinhofstrasse. Leider müsse er der Befürchtung Ausdruck geben, dass die Lage des Bades nicht besonders windgeschützt ist, weil häufig bei Windstille in anderen Gegenden dort Winde auftreten.

Der Berichterstatter schliesst sich den Anregungen an und der Antrag wird hierauf angenommen.

Nach einem Referat Stadtrat Siegels wird dem Antrage auf Errichtung eines Wohnhauses im X. Bezirk, Dampf-gasse mit den Kosten von 1.75 Millionen Schilling genehmigt. Dieser städtische Wohnhausbau enthält 102 Wohnungen, zwei Geschäftslokale, eine Bühne und einen Saal.

G.R. Müller (chr. soz.) ersucht den Referenten es mögen in allen Plänen über städtische Wohnhausbauten die notwendigen Zugänge von allen Strassenfronten eingezeichnet werden. Der Referent verspricht diesem Wunsche Rechnung zu tragen.

Nach einem Referate Stadtrat Siegels, wird der Antrag auf Errichtung des Wohnhausbaues im XV. Bezirke Oeberseegasse mit den Kosten von 1.9 Millionen Schilling ohne Debatte angenommen. Das Haus wird 124 Wohnungen enthalten, Räume für einen Kindergarten der unverbauter Teil soll als Gartenhof und Spielplatz für den Kindergarten ausgestaltet werden.

Es wird nun ein Dringlichkeitsantrag der Gemeinderäte Stöger, Untermüller und Genossen verhandelt in dem es heisst, dass nach Zeitungsberichten drei Mitglieder des Betriebsrates der Arbeiter des städtischen Elektrizitätswerkes bei der Gebarung mit Gewerkschaftsgeldern schwere Verfehlungen sich zu Schulden kommen haben lassen. Nach den Mitteilungen des Sekretärs des Metallarbeiterverbandes soll ein Teil der Beiträge für die Gewerkschaft von den drei Mitgliedern der Exekutive des Betriebsrates Rohner, Zäuner und Mlicko für ihre persönlichen Zwecke verwendet worden sein. Wenn auch Gemeindegelder hierbei nicht in Frage kommen sollten, liegt es doch im Interesse der Gemeinde und der Angestellten derselben, unverzüglich und in voller Öffentlichkeit Klarheit über diese Angelegenheit zu schaffen. Es wird daher der dringliche Antrag gestellt, der Bürgermeister möge ungesäumt eine Untersuchung über die in der Öffentlichkeit drei Betriebsräten der Arbeiter der städtischen Elektrizitätswerke zur Last gelegten schweren Verfehlungen veranlassen und über das Ergebnis ehestens dem Gemeinderat Bericht erstatten.

